



Alternativantrag

zu „Änderung des Aufenthaltszwecks für gut integrierte Asylbewerberinnen und Asylbewerber ermöglichen“ (Antrag der SPD, Drs. 19/154)

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

Einwanderungsgesetz des Bundes vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, sich auf Bundesebene für die Verabschiedung eines zeit- und sachgemäßen Einwanderungsgesetzes einzusetzen, dessen Kernbestandteil eine konkrete und kohärente Anwerbestrategie für ausländische Talente ist und welches bürokratische Hürden für diejenigen, die als Schutzsuchende in das Bundesgebiet eingereist sind und unabhängig von ihrem Schutzanspruch die Anforderungen für die Arbeitsmigration erfüllen, abbaut.

Die Landesregierung wird gebeten, in diesem Kontext die bestehenden Regelungen zur Blue Card zu evaluieren und zu prüfen, wie Geflüchteten mit einem Arbeitsvertrag analog zur sogenannten „3+2-Regelung“ ein zeitweiser Aufenthalt ermöglicht werden kann.

Die Landesregierung wird weiterhin gebeten, zu prüfen, ob ermessensleitende Hinweise den Ausländerbehörden die Handhabung gut integrierter Einzelfälle erleichtern können.

Barbara Ostmeier
und Fraktion

Aminata Touré
und Fraktion

Kay Richert
und Fraktion